

Der „Neue Kurs“ in Ungarn 1953

1. Die Krise in Ungarn und der Tod Stalins

Eines der größten Probleme eines klassischen stalinistischen Systems ist, ob es über ausreichend Informationen verfügt, um notwendige Veränderungen durchzuführen. Die Frage ist, in welchem Umfang die Alarmzeichen einer bevorstehenden Krise wahrgenommen werden?¹ Das ungarische kommunistische System erfuhr im Sommer 1952 eine Krise, die durch eine schlechte Ernte und einen exzessiv zwanghaften Fünf-Jahres-Plan verursacht war. Alle Bereiche der Wirtschaft zeigten ernsthafte Ungleichgewichtigkeiten. Obwohl Anzeichen der Krise seit dem Sommer 1952 evident waren, wurde die Krise erst ein Jahr später, im Frühsommer 1953 wahrgenommen.

Die schwierigste Situation entstand auf dem Lande. Der Sommer 1952 brachte die ersten Zeichen massenhaften ländlichen Widerstandes gegen das System der Zwangsablieferungen. Streiks, Verweigerung von Abgaben und selbst Gewaltakte breiteten sich aus. Sporadischer Widerstand flackerte mehrmals im Verlauf des Jahres auf.² Sozialer Widerstand und Unruhen führten zu einigen Maßnahmen, um „das öffentliche Meinungsbild zu verbessern“. Der stellvertretende Premierminister Imre Nagy schlug damals im Sekretariat der Ungarischen Arbeiterpartei vor, den Handel von Weizen freizugeben. Zwei Wochen später schickte Ernő Gerő, der für die Wirtschaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident, eine dramatisch formulierte Aufzeichnung an Ministerpräsident und Generalsekretär Mátyás Rákosi. Das schlechte Wetter, so Gerő, würde nicht nur die landwirtschaftlichen Exporte reduzieren, es würde zudem zum Import von Futtermitteln und Kartoffeln zwingen. Die ausbleibenden Exporte alleine würden das Land 12 Millionen Dollar kosten, dafür sei eine Notanleihe von der Sowjetunion notwendig.³ Die Freigabe des Getreidehandels würde, abgesehen von der Beruhigung der Bauern, die Staatsbestände aufstocken.⁴ Vor der Herbsterte wurden die

1 János Kornai, *The Socialist System. The Political Economy of Communism*, Princeton 1992, S. 156–159.

2 MOL (Ungarisches Nationalarchiv) MDP-MSZMP ir. (Ungarische Partei der Werktätigen – Archiv der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei), 276f. 65/301. ö. e., p. 149, 156f.; MOL XIX-A-83-a. 68. d. MT (Ministerrat); MOL XIX-A-2-v. Bestand Imre Nagy, 1952–5, 66, d. N-51; N-70.

3 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 65/41. ö. e., S. 292–295.

4 Ebd., 54/208. ö. e. MDP Titk. (Sekr. der Ungarischen Partei der Werktätigen), 27.8.1952. Vgl. dazu den Artikel Imre Nagys: ‚Szabad a gabona piaci forgalma‘, in: *Szabad Nép*, 15.8.1952.

Ablieferungsquoten für bestimmte Getreidesorten gesenkt.⁵ Alle diese Schritte trugen wenig dazu bei, um dem Anfang 1953 bestehenden Mangel an Lebensmitteln und Saatgut auf dem Lande abzuhelpfen.

Die ersten Krisenanzeichen hatten kaum Einfluß auf die Vorbereitungen des Wirtschaftsplanes für 1953. In einer Ansprache auf einer sich mit wirtschaftlichen Fragen befassenden Tagung der Zentralen Leitung der Partei im November 1952 unterließ es Gerö, Veränderungen zu erwähnen. Allein die schlechte Ernte wurde angesprochen (laut Gerös Argumentation hätte sich eine Hungersnot vermeiden lassen), und Gerö kritisierte mehrere Ministerien und Minister.⁶

Eine umfassende Betrachtung der wirtschaftlichen Situation wurde im Büro des Ministerpräsidenten begonnen. Einige zusätzliche Berichte wurden verfaßt, aber diese blieben der Regierung und der Parteiführung vorenthalten.⁷ Ein Überblick über die Situation in der Landwirtschaft vom Januar 1953 zeichnete ein dramatisches Bild. Zu Frost und Trockenheitsschäden von 1952 wurden nun weitere Faktoren genannt: Die durchschnittlichen Ernteerträge seit 1949 waren unter den Stand der dreißiger Jahre (Weizen: 6 Prozent, Futtergetreide: 15 Prozent, Kartoffeln: 13 Prozent) gefallen. Wichtige wie unwichtige Faktoren des Abstiegs wurden genannt: der Rückgang der landwirtschaftlichen Anbaufläche, fehlerhafte Planungspolitik der landwirtschaftlichen Behörden, eine Zunahme des brachliegenden Landes, der Mangel an technischer Entwicklung auf dem Lande.⁸ Nicht ein Wort jedoch wurde über die weiteren Mängel in der Landwirtschaft verloren, und die im Bericht anvisierten Lösungen reflektierten weiterhin Wunschdenken. Trotzdem zeitigten diese Berichte Wirkung, da sie unter den politischen Entscheidungsträgern kursierten. Über das Netzwerk sowjetischer Berater, das sich 1952–1953 auf allen Ebenen ausbreitete, erreichten die Berichte bald Moskau. Ähnliche Meldungen lagen über das Ausmaß des staatlichen Terrors vor. Diskussionen hierüber hatte es bereits vor den Beratungen in Moskau 1953 gegeben. Im August 1952 hatte die Verwaltungsabteilung der Partei einen Bericht über „Verbesserungen der Kriminalverfahren und Maßnahmen zu ihrer Verminderung“ erstellt. Der Bericht konstatierte die „Anwendung exzessiver Härte gegen die Arbeiter“, hingegen „Freizügigkeit“ im Verhältnis zum Gegner. Das Ritual von Kriminalverfahren und Urteilen wurde 1953 von den sowjetischen Führern im Kreml wiederholt.⁹

Wie in allem anderen versuchte Rákosi Stalin in seiner letzten Vergeltungswelle nachzuahmen. Ende Februar verkündete er in der Zentralen Leitung der Partei die Verhaftung von Staatssicherheitschef Gábor Péter sowie weiterer führender ÁVH- und Parteifunktionäre (darunter István Szirmai und András Bárd). Die Abrechnung kam den innersten Kreisen der Partei gefährlich nahe. István Kovács und Zoltán Vas, beide Mitglieder des Politbüros, wurden auf das schwerste beschuldigt, aus ihren Ämtern entlassen und in die Provinz gesandt. Gemeinsam war allen die jüdische Herkunft. Unter dem Druck der Ereignisse wurden unter-

5 MOL XIX-A-83-a.69.d.MT, 29.8.1952.

6 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 52/22. ö. e. MDP KV, 29.11.1952.

7 MOL XIX-A-2-v. 66. d. N-226, 13.1.1953.

8 MOL XX-5-h. LB Nb. (Oberstes Gericht, Volksgerichtshof, Verfahren gegen Imre Nagy und Genossen), op. ir. 29. k, S. 210–225: „Situation und Aufgaben der Getreideproduktion“. Vgl. ebd., S. 217.

9 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 54/208 ö. e. MDP Titk., 27.8.1952. Nach einem gemeinsamen Bericht des Justiz- und Innenministeriums sowie der Partei wurden von den Gerichten 72 300 Gefangene 1949, 98 000 im Jahr 1950 und 120 000 im Jahr 1952 verurteilt. 87 000 der 212 000 Angeklagten wurden freigesprochen; die Verfolgungsbehörden stellten 150 000 von 300 000 Verfahren ein. Im Jahr 1952 wurden noch 500 000 Strafen für kleinere Delikte verhängt.

drückte und kaschierte Spannungen im ungarischen Politbüro nun offenbar. Dies war die Lage, als am 5. März 1953 die Nachricht vom Tod Stalins Budapest erreichte.

Um die sich aus dem Tod des Diktators ergebenden Aufgaben wahrzunehmen, bildete das Sekretariat der Ungarischen Arbeiterpartei ein Dreier-Komitee, dem neben Rákosi auch Gerö und Imre Nagy angehörten. In Begleitung von zwei relativ unbekanntem, nicht-jüdischen Politbüromitgliedern reiste Rákosi zum Begräbnis nach Moskau. Gleichzeitig fand in Budapest eine Massenveranstaltung mit Gerö als Hauptredner statt, während es Nagy zufiel, eine Ansprache im Parlament zu halten. Zwei der Mitglieder des kommunistischen Führungsquartetts – Erziehungsminister József Révai und Verteidigungsminister Mihály Farkas – nahmen im Verlauf der Feierlichkeiten keine Rolle wahr, was andeutete, daß sie politisch kaltgestellt wurden.¹⁰

Erst im späten Frühjahr 1953 gab es Andeutungen, daß man in Moskau über Veränderungen in der Politik der osteuropäischen Verbündeten einschließlich Ungarns nachdachte. Nachdem er bereits anlässlich des Stalin-Begräbnisses Gelegenheit zum Austausch mit den Sowjetführern hatte, reiste Rákosi erneut nach Moskau.¹¹ Am 3. Juni berichtete er im Parteisekretariat über die erhaltenen Instruktionen. Der Bericht ist nicht überliefert, jedoch läßt sich aus der Sekretariatsresolution schließen, was ihm im Kreml gesagt worden war. Der Bericht unterstrich die Verantwortung der aufgeblasenen Investitionspläne für die mangelnde Entwicklung der Industriesektoren, die den Lebensstandard heben konnten. Das rapide Tempo der Industrialisierung hatte einen Arbeitskräftemangel verursacht, der wiederum eine Landflucht nach sich zog. Die Marktpreise für Lebensmittel waren aufgrund der schlechten Ernteeinfuhr rasant angestiegen, und der Lebensstandard war entsprechend gesunken, was die politische Atmosphäre beeinträchtigte. Alle Mitglieder des Sekretariats mußten dies seit einiger Zeit gewußt haben, doch nur in Sendungen des Radio Freies Europa wurde die Lage in krassen Worten geschildert. Intern wurde die Lage auf feindliche Sabotage, nicht auf ein Scheitern des zentralen Planungssystems zurückgeführt. Das Erstaunen im Sekretariat wuchs als Rákosi erklärte, daß das Sekretariat, und ihm folgend die Zentrale Leitung, das Nationale Planungsbüro anweisen würde, die Pläne für 1953 und 1954 und der Folgejahre zu überprüfen. Große Investitionsprojekte mit hohem finanziellen Aufwand und geringen Ertragsraten würden zurückgeschraubt werden, die Konsumgüterversorgung solle ansteigen. Die Veränderungen betrafen auch einzelne Parteimitglieder. Jüngere, intellektuelle Kader, die seit 1945 herangewachsen waren, sollten eine größere Rolle in der Parteileitung spielen. Die Zahl der Kabinettsmitglieder solle verringert werden (von 32 auf 17 oder 18 Mitglieder). Einer der zwei verbleibenden stellvertretenden Premierminister solle dem Nachwuchs entstammen. Weiterhin war vorgesehen, die Funktionen des Ministerpräsidenten und des Parteiführers zu trennen. Rákosi selbst sollte als Generalsekretär abgelöst werden. Sogar eine Amnestie am 20. August, dem Nationalfeiertag wurde erwähnt, obwohl die Kaderveränderungen auch eine Parteisäuberung nicht ausschlossen.¹²

10 Ebd., 52/23. ö. e. MDP KV, 26.2.1953. Bericht Rákosis, ebd., 65/30. ö. e. (falsch bezeichnet als ein Bericht des Politbüros, 19.2.1953). Vas' Rücktritt: MOL XIX-A-83-a. 78. d. MT Eln. jkv. (Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrats), 30.1.1953.

11 Interview mit Rudolf Földvári durch Adrienn Molnár, 1956-os Intézet (1956 Institut), OHA (Oral History Archiv), No. 231, S. 324–328. Rákosis Besuch in Moskau fand wahrscheinlich in den letzten Maitagen statt.

12 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 54/246. ö. e. MDP Titk., 3.6.1953.

Die ungarische Führung erfuhr über die Veränderungen im politischen Kurs der Sowjetunion in der Zeit nach dem Tod Stalins auch aus anderen Quellen. Stalins Nachfolger sahen sich mit zwei wesentlichen Fragen konfrontiert: mit der Nachfolge selbst, die zu Lebzeiten Stalins nicht hatte angesprochen werden können, und mit der Absicherung des sowjetischen Machtbereichs. Die Maßnahmen zur Sicherung des Machtbereichs erfolgten innerhalb weniger Tage. Am aufsehenerregendsten war die Suspendierung der Untersuchung der „jüdischen Ärzte“ und rasche Bemühungen, den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben.¹³ Es gibt Anzeichen, daß Stalin in seiner letzten Lebensphase selbst Veränderungen, zum Beispiel im Hinblick auf eine Minderung der Spannungen des Kalten Krieges, erwogen hatte. 1952 hatte er die Idee einer Wiedervereinigung Deutschlands als ein neutrales Land angeregt. Auch schien er einen Weltkrieg für vermeidbar zu halten. Seine Nachfolger knüpften an diese Anzeichen eines „vorsichtigeren“ Stalins an, denn sie realisierten, daß die Spannungen in mehreren Staaten Ostmitteleuropas einem Höhepunkt zuliefen. Für die Probleme in der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn, ja im eigenen Land, machten sie im wesentlichen die gleichen Ursachen aus: Der Massenterror hatte solche Ausmaße erreicht und war so unberechenbar geworden, daß er jeglichen Abschreckungseffekte entbehrte – die Menschen hatten nichts mehr zu verlieren – und einer rationalen Anleitung der Wirtschaft im Wege stand. Das forcierte Wachstum bewirkte vehemente wirtschaftliche Dislokationen, und der in den meisten Staaten bescheidene Lebensstandard nach 1945 war in den Jahren 1951–1952 stark gefallen. Die Kollektivierungskampagnen hatten dieselben verheerenden Folgen, die sie in der Sowjetunion – freilich in weitaus größerem Maßstabe – in den zwanziger und dreißiger Jahren gehabt hatten. Es ergaben sich Lebensmittelmängel, Abwanderung der ländlichen Bevölkerung, Rückgang des Viehbestandes, Verfall der Anbauflächen. Die osteuropäischen Parteiführer hatten sich bemüht, die Probleme mit sowjetischen Anleihen zu bewältigen, obwohl die Sowjetunion selbst vor der Notwendigkeit stand, ihre Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Zudem ergab sich die Notwendigkeit, das Verhältnis zum Westen durch Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen nach dem Ende des Koreakrieges zu entspannen. Soziale oder politische Krisen an der Peripherie würden diesen Prozeß stören und im Wege stehen und zudem würden sie die sowjetische Innenpolitik empfindlich beeinträchtigen. Stalins Nachfolgern war deshalb daran gelegen, die innenpolitische Situation in den Satellitenstaaten (anfänglich in der DDR und Ungarn), die sich bei der Übernahme des sowjetischen Modells übernommen hatten, zu konsolidieren und stabilisieren. Zugleich wollten sie regionale Konflikte mindern: Sie suchten nach einer Lösung des deutschen Problems und einem Ende der Spannungen mit Jugoslawien.¹⁴

13 Zur Destalinisierung vgl. François Fejtő, *A History of the People's Democracies*, Harmondsworth 1977, S. 7–25; George Schöpflin, *Politics in Eastern Europe*, Oxford 1993, S. 104–126; Wolfgang Leonhard, *The Kremlin Since Stalin*, New York 1962; Miklós Molnár, *Egy vereség diadala. A forradalom története*, Budapest 1991, S. 35–40; Ferenc Fehér/Ágnes Heller, *Jalta után*, Budapest 1990, S. 41–70; Michal Heller, *„Rövid tanfolyam. A szovjethatalom hetvenéves történetének mérföldkövei“*, in: *Századvég*, No. 1/1990, S. 67–74; Roy Medvegyev, *Hruscsov. Politikai életrajz*, Budapest 1989; Miklós Vásárhelyi, *„Az első megíúsított reformkísérlet“*, in: Miklós Vásárhelyi, *Ellenzékben*, edited by Áron Tóbiás, Budapest 1989, S. 238–260. Auf die Erinnerungen von Chruschtschow, András Hegedüs, Zoltán Vas und Miklós Vásárhelyi wird besonders hingewiesen.

14 Zur sowjetischen Außenpolitik nach Stalin, vgl. Békés (1996), S. 28–35; Tibor Hajdu, *Szovjet diplomácia Magyarországon Sztálin előtt és után*, in: Ignác Romnic (Hg.), *Magyarország és a nagyhatalmak a 20. században. Tanulmányok*, Budapest 1995, S. 195–201; Tibor Hajdu, 1956 nemzetközi

Viel Energie innerhalb der sowjetischen Führung wurde allerdings auf den Machtkampf um die Nachfolge Stalins verwandt. Kaum einer in der sowjetischen Führung zweifelte an der Notwendigkeit von Reformen. Kontrovers war allerdings, wie einschneidend die Reformen sein sollten. Seit Mitte der 1980er Jahre, vor allem aber mit der vorübergehenden Öffnung der russischen Archive, hat sich die Forschung vor allem auf die Periode nach dem Tode Stalins konzentriert. Verschiedene Beobachter sahen in den Reformansätzen Archetypen der Reformen Gorbatschows. Viele sehen in Lawrentij Berija, der im Sommer 1953 als Innenminister abgesetzt wurde, einen visionären Systemreformer, mitunter einen wahren Reformen. Die vorangegangene (und nicht unbegründete) Dämonisierung Berijas kam in erster Linie von seinen Rivalen im Machtkampf um die Nachfolge Stalins. Sie waren es, die ihn – statt Stalin – 1953 und den Folgejahren zum Hauptschuldigen erklärten, nicht zuletzt, um ihre eigene Verantwortung zu bagatellisieren. Sie beschuldigten ihn, einen Putsch geplant zu haben, was wahr gewesen sein mag, allerdings waren fast alle der prominenten sowjetischen Führer in ähnliche Bemühungen verstrickt. Berija mag in der Tat in mancher Hinsicht weitsichtiger als seine Kollegen gewesen sein. So befürwortete er zum Beispiel eine stärkere Abbremsung des sogenannten „Aufbaus des Sozialismus“ in einigen osteuropäischen Staaten, und er bemühte sich stark um eine Annäherung an Jugoslawien. Als Vertreter des stalinschen Etatismus suchte er die Partei in den Hintergrund zu drängen. Seine persönlichen Motive standen wahrscheinlich im Zusammenhang mit seiner Machtbasis, die im Staatsapparat, vor allem im sowjetischen Geheimdienst lag, nicht in der Partei, wo Malenkow oder Chruschtschow sich als „natürliche“ Verbündete anboten. Mit anderen Worten, Berija folgte in seiner Politik der Logik des Machtkampfes.¹⁵

Rákosi verstand es später recht erfolgreich, den Eindruck zu erwecken, daß Nagy, der Führer und Vertreter des „Neuen Kurses“ in Ungarn, ein Mann Berijas gewesen war.¹⁶ Hierfür gibt es keinerlei Belege. Wie im folgenden erörtert wird, kritisierte Berija Rákosi im Frühjahr 1953 mit ausgesprochenem Enthusiasmus, doch unterschied er sich hierin nicht grundsätzlich von seinen Kollegen. Zusammen mit Malenkow war es Berija, der die Zu-

háttere, in: Társadalmi Szemle, No. 8–9, 1989; Tibor Hajdur, 1956 – Magyarország a szuperhatalmak játékterén, in: Valóság, No. 12, 1990; Károly Urbán, Sztálin halálától a forradalom kitöréséig. A magyar-szovjet kapcsolatok története (1953–1956), Budapest 1996, S. 4–9. Zur US-Antwort vgl. László Borhi, Az Egyesült Államok Kelet-Európa-politikájának néhány kérdése, in: Történelmi Szemle (Historische Zeitschrift), No. 3, 1995, S. 277–300.

15 Neueinschätzungen der Rolle Berijas wurden üblich, nachdem die Dokumente freigegeben worden waren. Vgl. Delo Beriia, in Zusammenfassung u. a. in: Izvestiya TK KPSS, No. 1–2, 1991, S. 140–214, 147–208; F. Nekrasov, Beriia – konets karery, Moscow 1991; László Vida, A tervezett reformjai miatt végeztek volna ki Beriját?, in: Magyar Nemzet (Ungarische Nation), 15.5.1993. Neue, eher dubiose Interpretationen u. a. von Berijas Sohn und von Pavel Sudoplatow, Sergio Beriia, Moy otets, Lavrenty Beriia, Moscow 1994; ebenso: Pavel Sudoplatov/Anatoly Sudoplatov, The Memoirs of an Unwanted Witness – a Soviet Spymaster, Boston 1994, S. 353–374. Zur Kritik vgl. Miklós Kun, Szergo Berija, az új orákulum, in: Magyar Hírlap, 5.9.1994. Ausgewogen, wissenschaftlich: Miklós Kun, Berija bukása, in: Beszélő, 25.5./1.6.1991; Tibor Hajdu, Így élt Berija, in: (How Beria Lived), in: Mozgó Világ, No. 2, 1992, S. 28–35; James Richter, Re-examining Soviet Policy Towards Germany During the Beria Interregnum, Cold War International History Project Working Papers, No. 3, Washington: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 1992.

16 Dies wurde später von János Kádár gegenüber Gorbatschow erneut betont. Kádár János és M. Sz. Gorbacsov találkozója Moszkvában, 1985. szeptember 25-én, in: Történelmi Szemle, No. 1–2, 1992, S. 133–149.

rückdrängung der Mitglieder mit jüdischer Abstammung unter der ungarischen Führung am nachdrücklichsten betrieb.¹⁷

Als Chef des Geheimdienstes und Innenminister mag Berija über Informationen über die Lage in den osteuropäischen Staaten verfügt haben, die seinen Rivalen im Machtkampf in Moskau nicht zur Verfügung standen. Nichtsdestoweniger standen der sowjetischen Führung die verschiedensten Informationskanäle zur Verfügung, so daß Moskau ein aktuelles Bild der Lage haben konnte. So wurden zum Beispiel alle Protokolle der Sitzungen der wichtigen Parteigremien gelegentlich zusammen mit Referaten und Zusammenfassungen nach Moskau geschickt. Informationen bekam man auch über die sowjetischen Berater, die in den verschiedenen Ministerien arbeiteten. Die sowjetische Botschaft hielt Kontakt zu einer Vielzahl von Informanten, darunter zahlreichen aus dem Exil in der UdSSR zurückgekehrte Emigranten. Und es gab natürlich Gespräche mit Parteiführern. Während der Stalin-Ära hatte freilich das Problem bestanden, daß Rákosi sich ausschließlich den Kontakt mit Stalin vorbehielt. Es hing allein von diesem bilateralen persönlichen Kontakt ab, welche Informationen von Stalin genutzt wurden.

Nach Stalins Tod kam diesem Informationsspektrum erneut Bedeutung zu. Eine besondere Rolle spielten die Berichte und Zusammenfassungen Kiselevs, des sowjetischen Botschafters in Budapest. Diese schilderten die Lage in Ungarn äußerst kritisch, wenigstens nach seinen persönlichen Erinnerungen. Kiselev und seine Mitarbeiter empfanden eine ausgesprochene Antipathie gegenüber den ungarischen Parteiführern, vor allem Gerö, Révai und Zoltán Vas. Nicht wohlwollender stand Kiselev Rákosi gegenüber, den er als „willfährig und trotzig“ charakterisierte, hatte Rákosi ihn doch als Vertreter des sowjetischen Staates und der KPdSU in eine höchst unangenehme Situation gebracht. „Kiselev erhielt nie Bericht über die vertraulichen Gespräche mit Stalin, so daß er sich in einer sehr schwierigen Position befand, konnte er doch niemals sichergehen, daß eine Tat Rákosis nicht in Übereinstimmung mit Stalin geschah.“¹⁸ Nichtsdestoweniger schickte er mehrere kritische Berichte über die Lebensverhältnisse in Ungarn, die Repressionen (über die die Botschaft angeblich Statistiken anfertigte) und die Stimmung unter den Intellektuellen. Einige der Berichte erreichten den noch immer recht begrenzten außenpolitischen Apparat des Zentralkomitees der KPdSU. Diese stützten die Erinnerungen des Botschafters: die zwei wesentlichen Themen der Berichte waren die Landwirtschaft und das Verhalten der Intelligenz, insbesondere der Schriftsteller.¹⁹ Zugleich deuteten sie an, daß Stalin selbst Einwände gegen einige Aspekte der Politik der ungarischen Führung erhoben hatte. So dachte er zum Beispiel, daß die Kollektivierung der ungarischen Landwirtschaft zu schnell voranschreite. So konnte

17 Es gibt Hinweise, daß Imre Nagy die Rolle Berijas nach 1953 anders sah, als in der Presse dargestellt. Im September 1956 beim Treffen mit Herausgebern eines neugegründeten Magazins, betonte er, er verstehe, daß Berija nach Stalins Tod radikale Alternativen gesucht habe. Er empfahl den sowjetischen Machtbereich im Innern zu konsolidieren und die Satellitenstaaten sowie eventuell die Baltischen Staaten und die Ukraine zu neutralisieren. Letztendlich wäre dies die Wiederherstellung der Situation von 1918 nach dem Vertrag von Brest-Litowsk gewesen. Interview mit Sándor Lukácsy mit János M. Rainer, OHA, Nr. 19, S. 180.

18 MOL XIX-J-1-j. 5. d. IV-100, item 2. Bericht György Zágor, Ungarischer Botschafter in Kairo, 4.12.1956. (Kiselev war sowjetischer Botschafter in Kairo 1956.)

19 Vgl. Tibor Hajdu, Magyar irodalom – Moszkvából nézve, 1952, *Mozgó Világ*, No. 3, 1993, S. 21–26; Hajdu, Szovjet diplomácia.

Molotow in Vorbereitung auf die Gespräche mit der ungarischen Führung Mitte Juni 1953 auf sie zurückgreifen.²⁰

2. Die ungarische Delegation in Moskau

Die Delegation der Führung der Ungarischen Arbeiterpartei flog am 12. Juni 1953 in einem Sonderflugzeug von der Militärbasis Tököl nach Moskau. Die Einladungen aus Moskau waren persönlich gehalten gewesen – das KPdSU-Präsidium hatte die acht Delegationsmitglieder bestimmt. Diese waren Parteichef und Ministerpräsident Mátyás Rákosi, die drei stellvertretenden Ministerpräsidenten (Ernö Gerö, Imre Nagy, und István Hidas), der Leiter des Sekretariats des Ministerrates (Belá Szalai, Landwirtschaftsminister András Hegedüs, der Erste Sekretär des Budapester Parteikomitees, Rudolf Földvári, der Präsident des Staatsrates, István Dobi, der formell nicht Parteimitglied war. Nicht eingeladen worden waren Sekretariatsmitglieder Mihály Farkas, József Révai und István Kristóf, wie auch Ministerratsmitglieder Árpád Házi und Károly Kiss. „Vor nicht allzulanger Zeit führten wir Gespräche mit Genossen Rákosi über die Lage in Ungarn“, erklärte Malenkov am 13. Juni. „Nach dieser Aussprache erschien es notwendig, gewisse Fragen in einem weiteren Kreis zu diskutieren, [...] da wir im ganzen gesehen bislang nur ein oder zwei Genossen kennengelernt haben.“²¹ „Als Genosse Rákosi das letzte Mal hier war“, fügte Berija hinzu, „entstand die Idee, daß bestimmte Fragen mit mehreren Genossen besprochen werden sollten“. Später wurde klar, daß der Hauptgrund für die Wahl der Delegationsmitglieder der Vorschlag der Sowjetführer vom Mai gewesen war, Änderungen in der Führung von Partei und Staat vorzunehmen. Rákosi hatte sich damals außerstande gesehen, einen Stellvertreter zu ernennen: „In jedem Fall kamen Einwände von seiten Rákosis. [...] Das störte uns und machte es notwendig, daß wir mit anderen Genossen sprachen.“ Einige der eingeladenen ungarischen Vertreter waren Kader, die die sowjetischen Parteiführer, den Berichten Kiselevs und Rákosis folgend, als jungen potentiellen Nachwuchs betrachteten: Hidas, Szalai, Földvári und Hegedüs waren in den dreißiger Jahren und 1952 in die Führung vorgestoßen. Dies bedeutete, daß sie weder Erfahrung in illegaler Parteilarbeit noch im Exil (in Ost oder West) hatten. Gemeinsam war diesen Dreien, daß sie nicht jüdischer Abstammung waren, was für ihre Beförderung vor 1953 eine wichtige Rolle gespielt hatte. Vor dem Hintergrund des Slánský-Prozesses und der antisemitischen Kampagne in Moskau hatten Révai und Farkas seit 1952 an Einfluß verloren. Hier konnte Rákosi sich der Unterstützung der Sowjetführer sicher sein – sie wurden nicht nach Moskau eingeladen. Imre Nagy war vom Alter her und

20 MOL XIX-J-1-j. 5. d. IV-100, item 2. Bericht György Zágor, 4.12.1956.

21 Protokoll der Spitzengespräche vom 13./16.6.1953 veröffentlicht durch György T. Varga, in: Múltunk, No. 2–3, 1992, S. 234–269. (Zitat: S. 238f. Grundlage des Varga-Text's ist das Protokollbuch in: MOL MDP-MSZMP ir. d. 276 102/65 ö. e., zusammengestellt aus den Notizen von Béla Szalai, einem Mitglied der Delegation. Szalais Notizen entsprechen denen Rudolf Földváris (OHA, No. 231). Text veröffentlicht in: Mária Palasik, Láttelel a magyar függetlenség 1, in: Kapu, No. 5 198, S. 4–10. Nagy machte sich gleichfalls Notizen in der Konferenz; die Zitate stimmen allerdings nicht mit jenen Szalais überein. Vgl. Imre Nagy, A magyar nép védelmében. Vitairatok és beszédek, Paris 1984, S. 13, 153, 162, 175. Die Notizen wurden bisher nicht gefunden. Die Hinweise stammen von Varga. Zur Analyse der Konferenz vgl. Urbán, Sztálin halálától, S. 8–14.

als moskautreuer Exilant insofern eine Ausnahme. Sein erneuter Aufstieg muß als Teil des gleichen Trends bewertet werden, der der Beförderung der jüngeren Parteiführer zugrunde lag. Wie sie war er in erster Linie Ungar. Kontinuität wurde durch Rákosi und Gerö repräsentiert, obwohl ihnen als erster und zweiter in der Parteihierarchie und als eigentliche Entscheidungsträger seitens der Sowjets zugleich die Hauptschuld für die Krise gegeben wurde. Die Einladung István Dobis war aller Wahrscheinlichkeit nach ein Mißverständnis: man hatte in Moskau vermutlich angenommen, daß der Präsident des Präsidialrats eine Rolle innerhalb der Führung spielte, was nicht der Fall gewesen war. Allenfalls mag man in Dobi, einem ehemaligen Mitglied der Kleinlandwirte-Partei, einen nationalen Führer gesehen haben, der sich auf die Achtung der ungarischen Bauernschaft stützen konnte – was ebenfalls nicht der Fall war. Vielleicht war es auch das Bemühen, dem Besuch einen offiziellen, staatlichen Charakter zu geben.

Nach den Erinnerungen der meisten Delegationsmitglieder hatten sie keine Ahnung, warum sie nach Moskau beordert worden waren. Rákosi, der die Einladungen persönlich überbracht hatte, hatte keine Erläuterung gegeben. Freilich mußte den Sekretariatsmitgliedern – Nagy, Hegedüs, Rákosi und Gerö – seit dem 3. Juni klar gewesen sein, daß man in Moskau mit der Lage in Ungarn unzufrieden war. Wie auch immer, die gesamte Delegation verbrachte den Flug von Tököl nach Moskau in Beunruhigung.²²

Die Unterredungen im Kreml begannen am Tage nach der Ankunft der Ungarn in Moskau in Stalins ehemaligem Büro, das nun als Sitzungssaal des Präsidiums des ZK der KPdSU genutzt wurde. Alle einflußreichen Präsidiumsmitglieder waren anwesend – Georgi Malenkov, Berija, Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident Wjatscheslaw Molotow, KPdSU-Sekretär Chruschtschow, Verteidigungsminister Nikolai Bulganin und der stellvertretende Ministerpräsident Anastas Mikojan. Ebenfalls anwesend, allerdings ohne Recht auf Beteiligung an der Diskussion, waren die sowjetischen Ungarnexperten: Botschafter Kiselev und Dolmetscher Baykow.²³ Ministerpräsident Malenkov schlug vor, drei Themenkomplexe zu besprechen: „einige Fragen der ökonomischen Entwicklung“, die „Kaderauswahl“ und das Problem der „willkürlichen Aktionen“. Er deutete an, daß man sich nicht auf einen Austausch über die Situation beschränken sollte, sondern „die Methoden zur Korrektur der Fehler diskutieren“ sollte.

Rákosi sprach zuerst, zum größten Teil in Übereinstimmung mit dem, was zehn Tage zuvor im Sekretariat besprochen worden war. In Erwartung, daß die gleichen Fragen wie beim Treffen Ende Mai erörtert werden würden, nahm er die Haltung ein, daß die „Hausaufgaben“, die er bekommen hatte, mehr oder minder erfüllt worden waren. Er berichtete, daß das Tempo der industriellen Entwicklung in Zukunft abgebremst werden würde. In bezug auf die Kaderfrage habe die Partei einigen Fortschritt auf dem Wege einer Verjüngung gemacht, und er erwähnte die jüngeren Mitglieder der Delegation. Er erklärte, daß man beschlossen habe, die Regierung zu verkleinern und Partei- und Staatsämter voneinander zu trennen. Er

22 András Hegedüs, *Élet egy eszme árnyékában. Életrajzi interjú*. Kész. Zsille Zoltán, Budapest 1985, S. 188. Vgl. auch das Interview mit Földvári, OHA No. 231, S. 368–371. Nach Földvári machte Nagy den Eindruck völliger Versunkenheit auf der Reise.

23 Drei der vier Exemplare des Protokolls sprechen von ihm als „Boyko“, der vierte als „Boykow“. Wladimir Romanowitsch Boykow war Chefberater des sowjetischen Verteidigungsministeriums. 1956 war Wladimir Sergejewitsch Boykow in der ungarischen Sektion der Abteilung für Beziehungen mit ausländischen kommunistischen Parteien beim ZK der KPdSU beschäftigt. Nach dem 4.11.1956 war er Verbindungsoffizier zu János Kádár. Er war einer jener, die auch bei der Vorstellung des Anna-Géreb-Dokumentarfilms „Titoktartók“, 1994/96 anwesend waren.

erwähnte allerdings keine Namen. „Willkürakte“ wurden nicht angesprochen, mit Ausnahme der Bemerkung, daß die Zahl der Häftlinge sich „ein wenig unterscheidet“ von der Zahl, die er im Mai genannt hatte (insgesamt 45 000 statt 30–40 000). Diese würde durch die bevorstehende Amnestie am 20. August reduziert werden (auch wenn dies einen „Arbeitskräftemangel an manchen Baustellen“ verursachen würde). Schließlich sprach er ausführlich über die „jüdische Frage“: „Viele der gebildeten, kleinbürgerlichen Elemente jüdischer Abstammung fanden sich in verschiedensten Ämtern. [...] Wir haben noch keine entscheidenden Ergebnisse in unserem Bemühen, sie zu ersetzen, erzielt.“ Rákosis Selbstvertrauen in dieser Situation zeigte, daß er keine Ahnung hatte von dem, was kommen würde.

Der nächste Redner, Malenkow, machte sofort und unmißverständlich klar, daß dies nicht die Haltung war, die die sowjetische Führung von Rákosi erwartet hatte: „Wir erhalten den Eindruck, daß die ungarischen Genossen die Fehler unterschätzen.“ Der sowjetische Ministerpräsident erwähnte die Situation in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die exzessiven Ablieferungsquoten und die hohe Zahl der Verfahren gegen Bauern. Er berührte die Kaderfrage („die Kader müssen in weitaus verstärktem Maße herangezogen werden“), bevor er seinen Kollegen das Wort gab.

Es gibt kaum Zweifel daran, daß die sowjetischen Teilnehmer zuvor vereinbart hatten, wer zu welchem Thema sprechen würde. Unter Umständen bestand ein gemeinsames Vorbereitungspapier, das es ihnen erlaubt, bei Gelegenheit zu anderen Themen Stellung zu nehmen. Auf Malenkow folgte Berija, der wahrscheinlich ausführliche Notizen vorliegen hatte, da er die meisten Statistiken vorbrachte. Eingangs erwähnte er die Lage in der Landwirtschaft, machte genaue Angaben über brachliegende Anbauflächen. Er führte Malenkows Gedanken aus, argumentierte, daß es nicht ausreichend sei, die Landwirtschaft stärker zu entwickeln. Die Entwicklung der Schwerindustrie sei zu drosseln, größere Aufmerksamkeit solle der Produktion von Konsumgütern gewidmet werden. Der Schwerpunkt seiner Rede lag allerdings bei seinem Ressort, der Innenpolitik.

„Ist es in Ungarn akzeptabel, daß bei einer Bevölkerung von 9,5 Millionen Verfahren gegen 1,5 Millionen im Gange sind?“, fragte der sowjetische Innenminister rhetorisch. Seine Antwort war einfach. „Diese Zahlen zeigen, daß die Verwaltungs- und Justizorgane und die ÁVH schlecht arbeiten, und deshalb sollte das Innenministerium mit der ÁVH fusionieren.“ Berija beklagte, daß Rákosi die Staatssicherheit persönlich leite, in gewisse Verfahren interveniere und persönlich Anweisungen zu Gewalttaten gebe. Berija wertete dies als einen Fehler, denn es könne dazu führen, daß „unschuldige Menschen verurteilt werden“. Die ungarischen Genossen mußten mit Erstaunen hören, daß Berija ein- oder zweimal ähnliches Verhalten seitens Stalins kritisierte. Berija eröffnete im Gefolge eine Reihe persönlicher Angriffe gegen Rákosi. Er erklärte, daß Rákosi als Regierungschef zurücktreten solle, aus keinem anderen Grunde, als daß „es angebracht sein würde, daß der Präsident des Ministerrates Ungar ist“. Berija war der erste, der Imre Nagys Namen ins Spiel brachte, im Zusammenhang mit zwei Punkten. Erstens bezog er sich auf den Ausschluß Nagys in der Krise von 1949, der nicht gerechtfertigt gewesen sei. Zweitens schloß er seine Rede mit den Worten, daß „wenn Genosse Imre Nagy Präsident des Ministerrates sein werde, Genosse Rákosi als ein Genosse von großer Erfahrung und der Sache der Partei verpflichtet, im Amt des Parteichefs verbleiben könne. Genosse Nagy sei für das Amt des Präsidenten des Ministerrates qualifiziert (loyal zur Partei, Ungar, mit Erfahrung in der Landwirtschaft).“

Molotow weitete die Kritik aus, sagte, daß „es nicht nur eine Frage Ungarns ist, sondern ein Problem aller Volksdemokratien“. Selbstkritisch bemerkte er, daß das Phänomen autoritärer Führung in der Sowjetunion entstanden sei, aber dies werde korrigiert. Molotow sprach von einem Anschwellen der Gewalt gegen die Bevölkerung und die Exzesse in der wirtschaftlichen Entwicklung und unterzog insbesondere das Autarkiestreben besonderer Kritik. Auch er nannte Zahlen und verwies auf einige Fälle in Kiselevs Berichten als Beispiele für Maßnahmen, die den Lebensstandard beeinträchtigt hatten. Der nächste Redner, Marschall Bulganin, warnte, daß „es zu einer Katastrophe kommen werde, falls wir die Lage nicht verbessern“. Er machte einige Angaben zu den Säuberungen in der Armee und kritisierte Mihály Farkas, der sich als ein „großer Armeekommandant darzustellen suche“. Schließlich kam Mikojans Kritik an der übertrieben harten wirtschaftlichen Planung, die nicht gerechtfertigte Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie („Ungarn hat weder eigenes Eisen noch Kohle“), überflüssige Großprojekte (wie eine U-Bahn) und die einer wirtschaftlichen Grundlage entbehrende Kollektivierung. Das beendete die erste Runde. Nun war es an den ungarischen Genossen zu sprechen.

Nagy sprach als erster und einziger Ungar, den die sowjetischen Führer soweit positiv eingeschätzt hatten. In Kameradschaft zu seinen Kollegen erklärte Nagy sich für seinen Teil des Problems verantwortlich. Er versuchte, das Problem allgemein zu erklären: „Die Hauptursache der Misere ist die Trennung von den Massen. Wir haben den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Wir planen auf dem Papier, ohne die Interessen des Volkes in Betracht zu nehmen.“ Nagy fügte den Ausführungen der sowjetischen Genossen einen weiteren Punkt hinzu: die Kulakenliste. „Jeder, der auf der Kulakenliste steht, ist gesellschaftlich geächtet.“ Er empfahl, die Staatssicherheit und die Organisationen des Innenministeriums unter die Kontrolle der Partei zu stellen, genauer gesagt, unter die Kontrolle der Verwaltungsabteilung. Gegen Ende seiner Rede distanzierte sich Nagy allerdings von der führenden Troika: „Genossen Rákosi, Farkas und Gerö entscheiden viele Fragen unter sich. Es führt zu schweren Fehlern, wenn einige Mitglieder des Sekretariats über gewisse Fragen nichts wissen.“ Die sowjetischen Führer wußten dies, doch wollte Nagy offensichtlich seine Ernennung bestätigt wissen, hingen hiervon doch seine weiteren Schritte ab. Wohl konnte er fühlen, daß die „korrigierenden“ Ansichten der Sowjets mit seinen eigenen Ideen übereinstimmten, und aus diesem Grund war er bereit, das Amt des Regierungschefs zu übernehmen, falls die anwesenden ungarischen Führer zustimmten.

István Dobi sprach ebenfalls über die Lage auf dem Land, in einer durch und durch beunruhigten Weise. István Hidas, der einzige der Jungen, der sprach, teilte die sowjetische Kritik, verteidigte allerdings Rákosi, worauf er von Malenkow und Berija aufs größte gescholten wurde („Du sprichst wie ein Schüler, nicht wie ein Führer gleichen Ranges“).

Dann sprach Chruschtschow, der sich in der vorhergehenden Runde nicht geäußert hatte. Es war von Beginn seiner Äußerungen klar, daß er seinen Kollegen zustimmte, aber er wollte weiter ausgreifen und zusammenfassen. Seine Ambitionen im Machtkampf waren offenkundig und klar. Er erklärte, daß Rákosi eindeutig die Verantwortung für die Fehler in ihrer Gesamtheit trug, nicht nur für die administrativen Mißstände. Er ergänzte, daß Rákosi hiervon „tiefgehende Schlußfolgerungen zu ziehen“ habe und daß es einer kollektiven Führung bedürfe („Genosse Rákosi ist unfähig, kollektiv zu arbeiten“). Chruschtschow stellte zudem fest, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft zu rapide betrieben worden sei und er erinnerte mahnend daran, daß es zu diesem Zeitpunkt zum Ausschluß von Imre Nagy aus dem Politbüro gekommen sei. Dies konnte Nagy natürlich nicht entgehen. Chruschtschows

nachdrückliche Unterstützung für die Korrektur sollte sich ein paar Wochen später als wichtig erweisen, als Chruschtschow zum ersten Parteisekretär gewählt wurde und die Anzeichen wuchsen, daß er sich im Machtkampf im Kreml erfolgreich durchsetzen würde. Selbst in der Periode 1955–1956 sollte Nagy in seinen Äußerungen Chruschtschows Worte vom Juni 1953 wiederholen.²⁴

Malenkow folgte Chruschtschow, der die bevorstehenden Aufgaben zusammenfaßte. Er begann damit, daß eine weitere Sitzung stattfinden solle. Zuvor sollten die ungarischen Genossen jedoch einen schriftlichen Plan über die Maßnahmen zur Korrektur der Fehler und eine Liste der personellen Veränderungen ausarbeiten. Malenkow gab zwei grundsätzliche Kriterien an, die dem Plan zugrunde liegen sollten: Erstens sollte der Führungskreis ausgeweitet werden, Funktionäre mit fachlicher Autorität sollten in führende Positionen gebracht werden. (Hier empfahl er Gerö als Innenminister.) Zweitens sollte man eine Arbeitsteilung zwischen den leitenden Organen entwickeln. Wie man sich diese vorstellte, wurde kurz darauf von Berija erläutert: Die Regierung solle in wirtschaftlichen Fragen, die Partei in Erziehungs- und Kaderfragen entscheiden. Malenkow stellte abschließend fest: „Als Kommunisten sind wir alle für Ungarns Schicksal verantwortlich. Die Sowjetunion ist auch dafür verantwortlich, was für ein Regime in Ungarn existiert.“ Hier erging er sich wieder in Selbstkritik: Unter Stalin hatte Moskau einen falschen Rat gegeben, den sie hiermit zurückziehen würden. Selbst für den Fall eines sowjetischen Truppenrückzugs aus Ungarn, den Berija eingangs angedeutet hatte, behielt sich die sowjetische Seite jedoch vor, in Ungarn einzugreifen.

Erst jetzt versuchte Rákosi zu protestieren oder zu argumentieren, wenigstens in einigen Fragen. Er erklärte, daß er nichts anderes getan hatte als das, was er in Moskau gesehen und gehört habe. Malenkow und Berija wiesen dies zurück. Gerö, der bislang nicht gesprochen hatte, erwies sich als besserer Taktiker. Er sprach selbst von Fehlern, die bislang niemand erwähnt hatte. Nichtsdestoweniger, obwohl er klarstellte, daß er mit der Ernennung Nagys als Premierminister einverstanden sei, konnte er seine langjährige Antipathie ihm gegenüber nicht verschleiern und bemerkte, daß die Kulaken zuwenig Getreide geliefert hätten „verglichen mit ihrer gesellschaftlichen Bedeutung“. Rákosis Schweigen zur Ernennung Nagys fiel Malenkow auf, der am Ende der Sitzung sich nicht davon abhalten ließ, nach seiner (und, interessanterweise, Dobis) Haltung zur Ernennung Nagys zu fragen. Der durch und durch erniedrigte Rákosi hatte keine andere Wahl, als Einverständnis zu signalisieren. Zu diesem Zeitpunkt wurde dieser Umstand von allen als eine Veränderung in der Spitzenposition im Land gesehen.

Am nächsten Tag, dem 14. Juni, setzte sich die ungarische Delegation zusammen, um auf Grundlage der sowjetischen Direktiven das Dokument auszuarbeiten, das als Basis des „Neuen Kurses“ dienen würde. Rákosi sprach nach wie vor als erster. Es war kein Zufall, daß er sich dafür aussprach, mit den Fehlern der Partei zu beginnen, denn in der ungewissen Situation erhöhte dies die Rolle der Partei (der Parteiführung und des Parteiführers). Das Protokoll reflektiert eine extrem diffuse Diskussion. Jeder sprach vor allem darüber, was ihm nach dem Schock des Vortages in den Sinn kam oder wiederholte, was bereits gesagt worden war. Dobi zum Beispiel erwähnte, wie sein Porträt in einer Schule von der Wand genommen worden war und wie die Leiter eines Kraftmaschinen-Pools seine Mutter beleidigt hatten. Nagy sprach über die Natur der bolschewistischen Kritik und Selbstkritik, He-

24 Nagy, *A magyar*, S. 13, 153, 154, 162 und 175.

gedüs und Hidas darüber, daß sie sich nicht mit Rákosi gleichrangig gefühlt hatten. Ohne zu spezifischen Schlußfolgerungen zu kommen, wandten sie sich den Fehlern der Staatsführung zu und den illegalen Akten in den verschiedensten Bereichen. Rákosi schlug vor, die für den 20. August geplante Amnestie vorzuverlegen und gewaltsame Ausweisungen zu beenden.

Erst gegen Mitte der Diskussion, als man auf die wirtschaftliche Entwicklung zu sprechen kam, gewann die Diskussion etwas an Substanz. Imre Nagy, bis dahin relativ schweigsam, übernahm die Initiative. „Die Entwicklungsrate in der landwirtschaftlich-kooperativen Bewegung muß herabgesetzt werden [...], Investitionen in der Landwirtschaft müssen steigen. Einzelbauern muß Sicherheit gewährleistet werden. Wir müssen freien Handel sichern und die Güterproduktion heben. Laßt uns nicht um jeden Preis nach Autarkie streben, laßt uns dies im Kopf behalten, wenn wir die Pläne überprüfen.“ Dann sprach Ernő Gerő, der sich nach der Erinnerung der meisten am schnellsten von der Kritik der Sowjets erholte.²⁵ Er verfügte bereits über eine erste Fassung des Dokumentes, das später die erste Fassung der Resolution werden sollte, die von der Zentralen Parteileitung in ihrer Sitzung vom 27.–28. Juni verabschiedet wurde. Sein Vorschlag konzentrierte sich im wesentlichen auf Fragen der wirtschaftlichen Planung, vor allem auf partielle Lösungen wie Wohnungsbau, Gasimporte aus Rumänien etc. Es beinhaltete allerdings schon die Abkehr von der Priorität schwerindustrieller Produktion. Die Maßnahmen betreffend einzelner Ernennungen und der Machtstruktur waren im Grunde eine Mischung der sowjetischen „Ratschläge“ und der Schritte, die das Parteisekretariat bereits am 3. Juni beschlossen hatte (Abschaffung des Titels des Generalsekretärs, Trennung zwischen Parteiführer und Premierminister, Reduktion in der Anzahl der Regierungsmitglieder). Der Vorschlag visierte einige Veränderungen im Politbüro an, demzufolge drei Kandidaten sowie Ľrpád Házi zu Vollmitgliedern gemacht wurden, Révai und Farkas allerdings Mitglieder blieben. Drei neue Kandidaten entstammten dem Nachwuchs: Földvári, Szalai und Lajos Ľcs. Das Kabinett unterlag wesentlichen Veränderungen: Neben der Ernennung Nagys sowie der Gerös und Hegedüs als stellvertretende Ministerpräsidenten wurde eine neue Position ohne Geschäftsbereich geschaffen, allerdings nicht besetzt.

Die Vorlage, die aus dieser Sitzung hervorging, begann mit den Fehlern der Partei und wandte sich dann den Problemen im ökonomischen Bereich zu – dies war später umgekehrt. Allein zwei Sätze spielten auf Rákosis Verantwortung an, alle anderen blieben unerwähnt. Ebenso wenig wurde Rákosis persönliche Verantwortung für den Machtmißbrauch und die Anleitung der Staatssicherheit erwähnt. Schließlich lag dem Dokument die Idee zugrunde, daß die Veränderungen von der Parteiführung ausgehen sollten. Eine öffentliche Stellungnahme nach der Sitzung der Zentralen Leitung sollte die neue politische Linie gutheißen.

Der nächste Tag wurde für die Übersetzung und das Studium der Vorlage gebraucht, und so trafen sich die beiden Delegationen in unveränderter Zusammensetzung erst wieder am 16. Juni. Weiterhin fiel es Rákosi zu, die Vorlage vorzustellen und zu erläutern. Molotow hatte sofort Einwände. Die Vorlage unterließ eine Erwähnung ideologischer Fragen und die Verantwortung József Révais, der „in diesem Bereich für alles zuständig war“, was „noch nicht einmal Karl Marx, wenn er noch am Leben wäre, für sich beanspruchen würde“. Berija war wiederum der aktivste unter den Sowjetführern. Sein Haupteinwand war, daß die Vorlage zu kurz und zu allgemein gehalten war und daß sie keine Zahlenangaben enthalte. Er

25 Interview mit Földvári, OHA, No. 231, S. 382.

schlug vor, sie sofort auszuweiten. Seinem „Rat“ folgend wurden nun Kapitel über die Lage in der Landwirtschaft, die wesentlichen Angaben der Massenunterdrückung, und Rákosis persönliche Schuld für die Anleitung der ÁVH eingefügt. Aber in einem Punkte riet Berija selbst zur Mäßigung: Dies war die Abschaffung der Kulakenliste, die von Nagy angeregt worden war. Ein weiterer wichtiger Punkt, die Auflösung zwangsweise organisierter Landwirtschaftskooperativen, wurde, zum Entsetzen Dobis, von Molotow angeregt, aufgenommen.

Nagy ergriff die Initiative, als ideologische Fragen angesprochen wurden. „Wir haben ideologische Fragen niemals in der Partei diskutiert. Auseinandersetzungen, die man haben muß, um die ideologische Arbeit voranzutreiben, blieben aus.“ Er reagierte auch als erster auf Berijas Ergänzungen und verteidigte die Abschaffung der Kulakenliste: Die Kulakenliste sei die Grundlage für die unrechtmäßigen Aktionen gegen die Kulaken. Man müsse sicherlich feststellen, wer als Kulake anzusehen sei, aber die Kulakenliste müsse abgeschafft werden. Berija gab nun nach. Es war das einzige Mal in den zwei Verhandlungstagen, daß ein ungarischer Vorschlag von sowjetischer Seite akzeptiert wurde.

Das brachte die Debatte um eine Erweiterung des Dokumentes zum Erliegen. Nun war es an Imre Nagy als designiertem Premierminister, die Konferenz zusammenzufassen. Seine Bemerkungen reflektierten Selbstvertrauen, aber auch Furcht: „Wir werden mit all unserer Kraft arbeiten, um die Inhalte der Resolution umzusetzen. Wir werden nicht auf halber Strecke stehenbleiben. Viel wird davon abhängen, wieviel Genosse Rákosi zur Verbesserung der Fehler beitragen wird.“ Berija kommentierte, daß eine richtige Politik nicht von einer einzelnen Person abhängig sei, und wenn Rákosi nicht aushelfe, werde er „sich ruinieren“.²⁶ Nagy war hiermit anscheinend nicht zufrieden und fragte direkt nach dem Verhältnis zur sowjetischen Führung, das in den vorhergehenden Jahren nicht so direkt gewesen sei wie zuvor. Berija und Malenkow gingen sofort auf diese diplomatische – und ängstliche – Anspielung von Rákosis persönlichem Verhältnis zu Stalin ein. Sie versicherten der ungarischen Führung, daß das Verhältnis in Zukunft „verantwortungsvoller, seriöser und andersartig“ sein werde. Erneut gedemütigt, überschlug sich Rákosi fast einzustimmen: „Ich bedauere sehr, daß mir eine solche Lehre nicht schon früher erteilt wurde. [...] Ich kann den Genossen versichern, daß ich mein Äußerstes geben werde, die Fehler zu verbessern.“ Aber selbst in dieser extremen Situation bemerkte er, daß es nicht von ihm, sondern von der ganzen Führung abhängen werde.

Die „Lehre“ war allerdings bei weitem nicht vorbei. Auf Veranlassung Malenkows ersetzte die sowjetische Führung Verteidigungsminister Mihály Farkas mit István Bata. Malenkow und Berija bezichtigten Rákosi weiter, Kontakt mit den Vereinigten Staaten aufgenommen zu haben, ohne seine Kollegen zu informieren. Schließlich forderte Berija, Gábor Péters Fall zu überprüfen. Erst danach entließ Malenkow die ungarische Delegation: „Die ungarischen Genossen werden in der Lage sein, die Resolution zu verfassen und die Kraft haben, die Fehler zu verbessern.“ Die Audienz war vorüber, und die ungarische Delegation machte sich sofort auf den Heimweg.

26 Nach Erinnerungen sagte Berija, daß man Rákosi das Rückgrat brechen werde, wenn er nicht helfe. Vgl. Hegedüs, *30 let egy*, S. 192; Földvári Interview, OHA, No. 231, S. 391. Nach Földvári lautete seine Bemerkung, wenn Rákosi seine Fehler eingestehe, sei alles in Ordnung, falls nicht, werde man ihm das Rückgrat brechen. Palasik, *Láttelel a magyar*.

3. Die Umsetzung des „Neuen Kurses“ in Ungarn

Am nächsten Tag, dem 17. Juni 1953, begann die Umsetzung des „Neuen Kurses“, allerdings noch im Rahmen der alten Strukturen, innerhalb der führenden Parteiorganisationen, unter der Leitung Rákosis.²⁷ Es wurde beschlossen, der zentralen Führung eine andere Version der Resolution vorzulegen als die, die der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden sollte. Als das Politbüro am 20. Juni zusammentrat, lagen den ungarischen Führern detaillierte Informationen über die Streiks vor, die am 16. Juni in Ost-Berlin begonnen hatten und dann von sowjetischen Panzern unterdrückt worden waren. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse gab Rákosi zu, daß die schwerste aller Krisen drohe, wenn die ungarische Führung nicht sofort einen Kurswechsel einschlagen würde. Was bevorstehen würde, wäre einer „der entscheidendsten Wendepunkte seit unsere Partei und die Volksdemokratie zur Macht gekommen seien“. Rákosi erläuterte sodann seine eigenen Fehler, einschließlich derer, die in Moskau genannt worden waren. Die drei anderen Mitglieder des Führungsquartetts übten dann ebenfalls Selbstkritik. Farkas und Révai bemerkten allerdings, daß sich in jüngster Zeit die Führungsentscheidungen auf Rákosi und Gerö beschränkt hätten. Révai wie Gerö äußerten sich ablehnend zur Meinung der sowjetischen Führung, daß die höchsten Ämter innerhalb der ungarischen Führung von Juden eingenommen würden.²⁸

Am 27. Juni wurde die Resolutionsvorlage vor der erweiterten Sitzung der Zentralen Führung, zu der nun die Kabinettsmitglieder und die Kreis- und Bezirkssekretäre hinzugezogen wurden, behandelt. Rákosi analysierte erneut im Detail seine Verantwortung für die begangenen Fehler. Wie in Moskau instruiert, verurteilte er den Führerkult, die Machtkonzentration in seinen Händen und denen seiner Mitarbeiter, die Ausschaltung der Führungsmitglieder „ungarischer Abstammung“, die Herrschaft der Partei über den Staat, usw. Rákosis Rede mußte für das Gros der Anwesenden, die bislang nichts über die Moskauer Tagung gehört hatten, wie ein Schock wirken. Obwohl Rákosi sich bemühte, nicht über die Moskauer Vorgaben hinauszugehen, hielt er wohl die selbstkritischste Rede seiner Karriere. Dieser Teil der Rede nahm gut ein Drittel der Zeit ein, der Rest entfiel auf Äußerungen zum Resolutionsentwurf.²⁹

Imre Nagy tat mehr als lediglich den Resolutionsentwurf vorzustellen. In seinen Anmerkungen ging er weiter als die sowjetischen Führer, deren Kritik jeglicher Tiefenschärfe entbehrt hatten. Er widmete sich ganz der Frage, wie es zu solchen Verzerrungen kommen konnte.³⁰ Nagy erklärte, daß die Wurzeln der Fehler weitaus tiefer gehen als man auf den ersten Blick annehmen könne, und so sei die allererste Aufgabe, sie freizulegen. Dies sei die Voraussetzung für eine erfolgreiche Korrektur der Fehler. „Ich muß offen sagen, daß die

27 Vgl. dazu György T. Varga's Einführung in die Protokolle vom 13.–16.6.1953, S. 234–238; Bálint Szabó, *Az „ötvenes évek“*. Elmélet és politika a szocialista építés első időszakában Magyarországon, 1948-1957, Budapest 1986, S. 71; Károly Urbán, Nagy Imre, az államférfi, in: *Múltunk*, No. 4, 1992, S. 50–52.

28 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 53/122. ö. e. MDP PB (Politbüro), 20.6.1953, S. 3.

29 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 52/24. ö. e. MDP KV, 27.–28.6.1953, S. 3–31. Text bei György T. Varga, Rákosi Mátyás referátuma a MDP Központi Vezetőségének 1953 júniusi ülésén, in: *Múltunk*, No. 1, 1990.

30 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 52/24. ö. e. MDP KV, 27.–28.6.1953, S. 32–51. Nagys Rede zuerst bei János Kis und István Pető (1984), 10. Ausgabe der *Samizdat Journal Beszélő*. Vgl. *Beszélő Összkiadás*, Vol. 1, Budapest 1992, S. 628–641. Folgende Wiedergabe ebd.

bislang geleistete Arbeit in dieser Hinsicht nicht ausreichend ist.“ Erfolg hänge weitgehend davon ab, wieweit die Parteiführer, die an den Fehlern beteiligt waren, bereit seien, an ihrer Korrektur mitzutragen, und die stehe „uns weitgehend noch bevor“. Nagy zufolge waren „die Fehler, für die Genosse Rákosi als Parteiführer primär verantwortlich sei, aufgrund der Tatsache entstanden, daß die Partei, in ihrem inneren Gefüge, ihren Leitsätzen und ihrer praktischen Arbeit in zahlreichen Bereichen von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus abwich und diese verletzte“. Er denke, daß Meinungsfreiheit innerhalb der Partei und die Möglichkeit zur Diskussion solche Verzerrungen vermeiden würde. „Es ist möglich, willkürlich zu politisieren, ohne marxistisch-leninistische Begründung, es ist möglich, den Führer zu spielen, es ist möglich, die jungen Kader zu unterdrücken und beiseite zu schieben, wenn keine theoretische Arbeit stattfindet, wenn es keine ideologische Diskussion gibt, wenn es keine Meinungsauseinandersetzung gibt. [...] Erst wenn sich alles dies ändert, kann man gewiß sein, daß wir nicht weitere, schwerere Fehler begehen.“ Nagy zufolge seien in der Beziehung zwischen Partei und Staat die Prinzipien der Volksdemokratie verletzt worden. Er rief zu „weiteren Schritten im Bereich der Demokratisierung des staatlichen Lebens“ auf.

Sich den ökonomischen Fragen zuwendend, erklärte Nagy der Versammlung: „Im Kern war unsere ökonomische Politik fehlerhaft, weil sie, obwohl auf den Aufbau des Sozialismus gerichtet, es unterließ, den wesentlichen wirtschaftlichen Grundsatz des Sozialismus zu beachten: den stetigen Anstieg des Lebensstandards der Bevölkerung.“ Was geschehen sei, könne ohne Übertreibung als abenteuerliche Politik bezeichnet werden. Obwohl der Resolutionsentwurf einige gute und weitreichende Maßnahmen enthalte, könne er weiterentwickelt werden. Was Nagy formulierte, war nicht nur eine Kursveränderung, sondern eine grundsätzliche Korrektur. So warnte er die Parteiführung abschließend vor „halben Maßnahmen“.

Die abschließende Fassung der Resolution wurde in die Hände des neuen Politbüros gegeben. Zur Art der Veröffentlichung erhielt Rákosi während der Sitzung Anweisungen aus Moskau. Ihm zufolge „riefen ihn die Genossen zum Telefon und sagten, sie seien mit dieser Resolution vertraut; diese Resolution solle nicht veröffentlicht werden, wir sollten sie erst publizieren, wenn die Ergebnisse vorlägen“.³¹ Rákosi schlug dann sofort vor, die Aktivistentagung, die die Resolution verfassen sollte, für ein paar Tage zu verschieben und den Umfang des Textes zu reduzieren. Die Maßnahmen sollten nicht in einem Kommuniqué der Zentralen Leitung, sondern im Parlament, als ein Programm der neuen Regierung veröffentlicht werden. Nagy erkannte schnell, daß dies für Rákosi von Vorteil sein würde: In einer Regierungserklärung sei es unangebracht, die Parteiführung oder einzelne Regierungsmitglieder zu kritisieren. Das Prozedere würde es Rákosi erlauben, ernsthafte Kritik an ihm persönlich oder an seiner persönlichen Verantwortung vor aller Welt zu vermeiden. Dies verminderte die Chancen für einen Ministerpräsidenten, der sich darauf vorbereitete, ein neues Programm umzusetzen.

31 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 53/170. ö. e. MDP KV, 14.4.1954, S. 103; Rede Mátyás Rákosi. Der letzte Teil des Satzes stellt wohl eine Verzerrung durch Rákosi selbst dar. Vladimir Farkas schreibt in seinen Memoiren: „Nach Aussage meines Vaters [Mihály Farkas] war die Moskauer Führung so erschrocken über die Ereignisse in der DDR, daß ein Telegramm nach Budapest gesandt wurde mit der Aufforderung, die Selbstkritik möglichst zu unterdrücken und keinesfalls auf die Straße zu tragen.“ Vladimir Farkas, *Nincs mentség*, Budapest 1990, S. 380.

Die am nächsten Tage angenommene Resolution bestand aus vier Teilen.³² Der erste detaillierte die begangenen Fehler, der zweite die Gründe, der dritte die umgehend einzuführenden wirtschaftlichen und anderen Maßnahmen, der vierte die organisatorischen Aufgaben. Im ersten Teil wurde die Politik der exzessiven Industrialisierung auf die zweite Parteikonferenz vom Februar 1951 zurückgeführt, was die Planziele des ersten Fünf-Jahres-Planes von 1950 unberührt ließ. Erst ab 1951 sei eine „sektiererische Politik“ eingeführt worden, die die „sozialistische Industrialisierung als ein Ziel in sich selbst betrachtete und die Interessen der Arbeiterklasse, der Arbeiterschaft vernachlässigte. In der fehlerhaften Wirtschaftspolitik zeigte sich ein gewisser Größenwahn, Elemente eines Abenteuerertums, da die forcierte Entwicklung der Schwerindustrie des Landes auf nicht vorhandene oder gesicherte Ressourcen und Rohstoffe gestellt wurde.“ Während die Abschnitte zur industriellen Entwicklung eher allgemein gehalten waren, analysierte die Resolution die Fehler in der Agrarpolitik im Detail. So wurden der Rückgang an Investitionen in der Landwirtschaft und die Beschränkungen von Einzelbauern erwähnt. Im gleichen Abschnitt wurde Nagy politisch rehabilitiert: „Die forcierte Sozialisierung der Landwirtschaft war um so schlimmer, als daß Genosse Imre Nagy innerhalb der Parteiführung gegen die Politik argumentiert hatte, aber statt seine Position zu übernehmen, brandmarkte die Parteiführung sie als ‚opportunistisch‘ und leitete administrative Maßnahmen gegen Nagy ein.“ Die dritte Gruppe von Fehlern bezog sich auf den fallenden Lebensstandard der Bevölkerung. Terrormaßnahmen gegen die Bevölkerung wurden nur sehr kurz angesprochen, obwohl entsprechend den Moskauer Instruktionen einige Zahlenangaben eingefügt wurden.

Die Resolution sah in der Unterhöhlung der kollektiven Führung durch den von Rákosi verantworteten Kult um seine Person die Hauptursache für die begangenen Fehler: „In der Tat konzentrierte sich die Führung auf eine Clique von nur vier Genossen – Genossen Rákosi, Gerö, Farkas und Révai.“ Diese Führungsclique habe die Verbindung zu den Massen verloren, die Signale der Bevölkerung bezüglich der um sich greifenden Gesetzesbrüche, des falschen und feindlichen Verhaltens der Polizei und Staatssicherheit gegenüber den Arbeitern, der hohen Anzahl der Verurteilungen nicht wahrgenommen. All dies sei durch die Mängel der Partei auf ideologischem Gebiet ermutigt worden. Die Partei habe die Funktion des Staates und des Ministerrates enteignet. Der Ministerrat spiele keine eigene, unabhängige Rolle, sondern sei eine Verlängerung der Parteiführung gewesen. Hierzu habe vor allem beigetragen, daß das Amt des Parteiführers und des Ministerpräsidenten in einer Person, der Person des Genossen Rákosi, konzentriert worden sei, was falsch gewesen sei. Die Partei und Genosse Rákosi hätten zu Unrecht die Staatssicherheit angeleitet.

In bezug auf die direkt einzuleitenden ökonomischen und politischen Maßnahmen stellte die Resolution fest, daß die Wirtschaftspolitik der Partei radikal verändert werden müsse. Die Industrialisierungsrate, insbesondere die Entwicklungsrate der Schwerindustrie, müsse reduziert werden. Die Pläne für die Volkswirtschaft seien zu überprüfen. Wiederum vergleichsweise detaillierter äußerte sich das Dokument zu Maßnahmen in der Landwirtschaft, verkündete die Abschaffung der Kulakenliste, die Aufhebung aller Lieferungsrückstände und die Zulassung von Austritten aus den landwirtschaftlichen Kollektiven. Landwirtschaftliche Kooperative konnten auf Beschluß der Mehrheit der Mitglieder aufgelöst werden. Zudem rief die Resolution zu einer sofortigen Verbesserung des Pro-Kopf-Konsums auf, was

32 Die Resolution wurde 1953 nicht vollständig veröffentlicht. Text zuerst in: *Hírmondó*, No. 2, 1985. Später in: *Propagandista*, No. 4, 1986, S. 136f.; dann bei Sándor Balogh (Hg.), *Nehéz esztendők krónikája 1949–1953*. Dokumentok, Budapest 1986, S. 497–510. Folgende Wiedergabe ebd.

eine Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern bedeutete. Abschließend beschäftigte sich die Resolution mit organisatorischen und Personalveränderungen in der politischen Führung. Insgesamt handelte es sich bei der Resolution also eher um eine Auflistung von Problemen und Sofortmaßnahmen als um eine tiefgehende Analyse. Freilich schrieb sie einen solchen bedeutsamen Wechsel des politischen und ökonomischen Kurses vor, daß eine Rückkehr zum status quo ante unvorstellbar schien.

Der „Neue Kurs“ war personalpolitisch weitaus weniger abgesichert. Zwar gehörten Mihály Farkas, József Révai, Károly Kiss und Ľrpád Hazi dem neuen Politbüro nicht mehr an, aber die neuen Mitglieder rekrutierten sich wesentlich aus den Nachwuchskadern, die Rákosi und Gerő seit 1951 bevorzugt gefördert hatten. Das gleiche traf auf das Sekretariat zu (weiterhin für Ernennungen wichtig), wo nun Ľcs und Belá Veg neben Rákosi saßen.³³ Im neuen Kabinett fanden sich nur zwei Minister (Istvan Bata, Sándor Zsoldos), die bislang nicht Rákosis Regierung angehört hatten. Premierminister Nagy mußte mit Leuten arbeiten, die, wie er selbst, in der zweiten Reihe gestanden und jene Politik, die nun so sehr kritisiert wurde, ausgeführt hatten. Nagy hatte zunächst keine andere Wahl. Noch mangelte es ihm an dem Team, das später seine Gefolgschaft darstellte. Die meisten saßen im Gefängnis und wußten nichts über die sich vollziehenden Veränderungen. Vor allem aber wollte Moskau keine radikaleren Veränderungen in der Führung; nach den Vorstellungen der sowjetischen Führer sollte das Rákosi-Gerő-Regime von einer gemäßigeren Troika ersetzt werden, die nun Nagy einschloß. Nagy spielte also eine Schlüsselrolle.

Was war es, was die Moskauer Führung zur Wahl Nagys bewegt hatte? Während der „antizionistischen“ Kampagne war der für die Ablieferungsquoten zuständige Minister zum stellvertretenden Ministerpräsidenten aufgestiegen, als einziges moskautreues Mitglied der ungarischen Führung, das nicht jüdischer Abstammung war. Nagy hatte einen Ruf als bester Kenner der landwirtschaftlichen Probleme in Ungarn, und die sowjetische Führung sah die Situation in der Landwirtschaft als eines der Hauptelemente der Krise. Des weiteren bevorzugte man in Moskau jemanden mit dem man vertraut war; dessen Vergangenheit, dessen bisherige Karriereentwicklung und dessen politischer Charakter überprüft werden konnten. Zum Beispiel hatte Malenkow als ehemaliger Leiter der KPdSU-Kaderabteilung solide Kenntnis der Kaderakte Nagys. Berija standen Dokumente über Nagys Beziehungen zum NKWD zur Verfügung sowie über die Untersuchungen, die betreffs Nagys 1930 und 1939–1941 durchgeführt worden waren.³⁴ Marschall Woroschilow kannte Nagy noch aus der Zeit von 1944–1945, als Nagy als Landwirtschaftsminister amtiert hatte. Chruschtschow hatte, seinen Erinnerungen nach, einen guten Eindruck über Nagy von Stalin selbst vermittelt bekommen.³⁵ Nagy, der auf der Seite der Roten im russischen Bürgerkrieg gekämpft hatte, der illegal als Kommunist gearbeitet hatte, später dann wichtige Ämter innehatte und mit dem sowjetischen Geheimdienst zusammengearbeitet hatte, war 1952 der einzige innerhalb der ungarischen Führung, der 1948–1949 mit Rákosi und Gerő über landwirtschaftliche Umwälzung gestritten und ein Programm vertreten hatte, das nun von Moskau als Ausweg aus der Krise gesehen wurde. Die Dokumente, die dem Parteipräsidium in Moskau vorlagen, zeigten Nagy als einen Mann von Visionen, vorwärts gerichtet, mutig und gleichzeitig diszipliniert, willens sich dem Kollektiv unterzuordnen, selbst wenn es gegen ihn vorging. Als

33 MOL MDP-MSZMP ir. 276. f. 52/24. ö. e. MDP KV, 27.–28.6.1953. Auf Rákosis Initiative wurden die Aufgaben des Ersten Sekretärs geheim entschieden. Vgl. Presseerklärung.

34 Arkhiv Vneshney Politiki Rossyskoy Federatsii (AVP RF), f. 077. op. 37. p. 191. d. 39, S. 82–93.

35 Nikiti S. Khrushchev, Memuari Nikiti Sergejevicha Khrushcheva, in: Voprosi Istorii, No. 5, 1994.

politisch gebildeter Agrarexperte im Amt des Ministerpräsidenten war Nagy in der Sicht Moskaus nahezu ideal, um den „Industrialisierern“ Rákosi und Gerö Paroli zu bieten und ein Gleichgewicht in der ungarischen Führung herzustellen. Mit Blick auf den (in Kiselevs Worten) „wilden ungarischen Nationalismus“ war es zudem vorteilhaft, eine Persönlichkeit ungarischer Abstammung als Oberhaupt eines Teams zu ernennen, das ansonsten von Persönlichkeiten jüdischer Abstammung dominiert wurde.

4. Die Nagy-Rede vom 4. Juli 1953 und die Reformbewegung bis 1955

Die Nationalversammlung, die am 17. Mai 1953 gewählt worden war, trat am 3. Juli zusammen, und Rákosi reichte seinen Rücktritt ein. Die Wahl der neuen Regierung fand am Morgen des 4. Juli statt. Dann gab Nagy seine Regierungserklärung ab. Das ungarische Radio berichtete darüber in den Mittagsnachrichten, und brachte die ganze Rede abends um acht Uhr. Die Bedeutung der Parlamentssitzung und der Regierungserklärung wurden aus den Nachrichten offensichtlich. Überall im Lande, wo immer man die Möglichkeit hatte, befanden sich die Menschen in großer Erwartung.

Nagys Rede³⁶ basierte im wesentlichen auf dem dritten Teil der Resolution der Zentralen Führung vom 28. Juni, die sich mit den unmittelbar bevorstehenden Aufgaben auseinandersetzte. Allerdings ging er in seinen Ausführungen an mancher Stelle darüber hinaus und gab ihnen teilweise eine andere Ausrichtung. So erklärte er zum Beispiel, daß diese Legislaturperiode der Beginn einer neuen Phase sei, in welcher der Souveränität des Volkes größerer Ausdruck verliehen werden soll, in der das Parlament eine größere Rolle in der gesetzlichen Anleitung des staatlichen Lebens, in der Definition der Prinzipien und Ziele einer verantwortlichen Regierung und der Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte der Nationalversammlung spielen werde. „Ich beabsichtige, mich in größerem Maße auf die Nationalversammlung in der Ausübung von Regierungsaufgaben zu stützen.“ Der Ministerrat solle ein Gremium sein, das voll für die Ausführung der Staatsgeschäfte zuständig sei, mit erweiterter Zuständigkeit der Ministerien und größerer Verantwortung der Minister. Auf diese Weise werde auf dem Wege zu einer Demokratisierung des staatlichen Lebens fortgeschritten.

Im Abschnitt seiner Rede zu wirtschaftlichen Fragen sprach sich Nagy gegen die exzessive Industrialisierung aus und für eine Überprüfung des volkswirtschaftlichen Plans: „Nichts rechtfertigt exzessive Industrialisierung und den Versuch, industrielle Autarkie anzustreben, besonders, wenn wir nicht über die Rohstoffbasis verfügen, die hierzu notwendig ist.“ Im Hinblick auf landwirtschaftliche Fragen ging Nagy wiederum über das Parteidokument hinaus und deutete eine strategische Wende an, als er erklärte, daß „unsere landwirtschaftliche Produktion auf Einzelhöfen beruht“. Die Entwicklung ihrer Produktion, in Anbau und Viehzucht, liege im nationalen Interesse. Die Regierung betrachte es als eine Aufgabe von höchster Bedeutung, die Produktion von Einzelhöfen zu fördern und ihnen zu helfen, Produktionsmittel und Personal, Ausstattung, Dünger, verbessertes Saatgut und alle anderen Hilfsmittel zu erhalten. Noch nachdrücklicher äußerte Nagy sich zum angeschlagenen Privatsektor. Ausführlicher auch als dies die Resolution getan hatte, beschäftigte Nagy

36 Imre Nagy, *Egy évtized. II. k. Válogatott beszédek és írások 1948–1954*, Budapest 1954, S. 352–368.

sich in seiner Regierungserklärung mit der Rolle der Intelligenz und der Kirche. Vielen Zeitgenossen jedoch blieben die Worte, die dann folgten, im Gedächtnis: „Im höheren Bildungswesen haben wir viele Dinge erzwungen, enorme Opfer gebracht. Wir werden in diesem Bereich von nun an weitaus bescheidener sein müssen. Laßt uns keine Luftschlösser bauen. Weitaus mehr Aufmerksamkeit muß den Grundschulen geschenkt werden. Wir müssen unsere Investitionen hier verstärken, die Zahl der Schulen, der Klassenzimmer und Lehrer, um die besten Bedingungen für die Grundausbildung unserer Zukunftsthoffnungen, der kleinen Ungarn, herzustellen, die wir – wie ich sagen muß – bislang gröblich vernachlässigt haben aufgrund der Überbetonung der höheren Bildung.“ Nagy hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Hier sprach ein kommunistischer Premierminister von den „Hoffnungen der Zukunft, der kleinen Ungarn“, in einem Land, in dem selbst Nationalfeste vor wenigen Jahren verboten worden waren.

Freilich stand der wichtigste Teil der Rede noch bevor, der die Bevölkerung insgesamt betraf. „Diese Regierung beruht, in all ihrer Tätigkeit, auf dem Recht und der Gesetzlichkeit, die in unserer Verfassung niedergelegt ist. Die Grundlage unseres volksdemokratischen Staatssystems und unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist sozialistische Gerechtigkeit, strikte Beachtung der bürgerlichen Rechte und Verantwortlichkeiten, die in der Verfassung und den Gesetzen der Volksrepublik festgelegt sind.“ Nagy fügte dem Wort Gesetzlichkeit das Attribut ‚sozialistisch‘ hinzu, was von der Mehrheit der Bevölkerung als Einschränkung verstanden wurde. Aber in der nächsten Passage nannte er die Dinge ohne Einschränkungen beim Namen: „Oft ist das Fundamentalprinzip des volksdemokratischen Staatslebens und der volksdemokratischen Staatsverwaltung – Gesetzlichkeit – in der Arbeit unserer justitiellen und Polizeiorganisationen und unserer lokalen Räte nicht ausreichend angewandt worden. Die hohe Anzahl von gerichtlichen Untersuchungen und Prozessen über Delikte, weitverbreitet angewandte administrative Maßnahmen, Pflichtabgaben, Steuereinzahlung, die Kulakenlisten, massive Ausschreitungen und Exzesse in der Neuverteilung des Landes, und andere Arten der Verfolgung haben den Gerechtigkeitssinn der Bevölkerung verletzt. Sie haben das Vertrauen in die Gesetzlichkeit erschüttert und die Verbindung der arbeitenden Menschen mit unseren Staatsorganen und lokalen Räten geschwächt. [...] Sie haben vergessen, daß sie da sind, um den Menschen zu dienen, und nicht andersherum, und daß Bescheidenheit, Fürsorge und ziviles Verhalten Tugenden sind, die jedem Bürger und der Regierung selbst, von jedem öffentlichen Amtsträger abverlangt werden können. Sicherung der Gesetzlichkeit ist eine der drängendsten Aufgaben der Regierung.“ Imre Nagy hatte die Idee der Gesetzlichkeit positiv in diese wenigen Sätze eingebracht, ohne jegliche Einschränkungen. Dies bedeutete, daß die Regierung die Feindseligkeiten gegenüber der Bevölkerung eingestellt hatte.

Die überwiegende Mehrheit der ungarischen Gesellschaft nahm die Rede mit Freude, Erleichterung und voller Erwartungen auf. Dies wird aus den zeitgenössischen Berichten über die öffentliche Stimmung, aber auch von den Erinnerungen und Interviews von Emigranten nach 1956 klar. Es ist vielleicht nicht übertrieben zu sagen, daß dies die erste Rede eines kommunistischen Führers seit 1945 war, der die Mehrheit des Landes zustimmte. Diejenigen, die von der Politik der letzten Jahre profitiert hatten, nahmen die Regierungserklärung eher skeptisch auf. Doch das Programm versprach keinen grundsätzlichen Wandel, keinen Systemwandel. Es deutete einfach an, daß Kommunismus als ein plurales Phänomen verstanden werden konnte. In der gespannten Situation 1953 war dies von enormer Bedeutung.

Wenige Tage nach der Regierungserklärung vom 4. Juli wurde die ungarische Troika erneut nach Moskau geladen, diesmal, um über die Anklage gegen Berija informiert zu werden. Rákosis Erinnerungen zufolge betonte Chruschtschow, daß Berijas „Haltung, sein Verhalten in der Diskussion der ungarischen Frage, viel zu seiner Entlarvung beigetragen hatte“. Rákosis Erinnerung ließ ihn wahrscheinlich nicht im Stich, als er schrieb, daß er sofort den Versuch machte, eine Revision der Juni-Gespräche herbeizuführen, die Sowjetführer jedoch nicht nachgaben.³⁷ Es fiel Rákosi zu, der Bevölkerung in einer Live-Ansprache über den Rundfunk von den Ereignissen in Moskau zu berichten, was angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung bis dahin nur von Nagy gehört hatte, besondere Bedeutung zukam.³⁸

Der Fall Berijas stärkte die Position der Anhänger des alten Kurses. Rákosi hielt eine kraftvolle, militante Rede vor den Parteiaktivisten, erhielt an mehreren Stellen Applaus und fand wachsende Zustimmung seines Publikums, das durch die Geschehnisse der vorangehenden Tage verwirrt war. Er hielt an der Kritik fest, aber sprach nur kurz darüber und war offensichtlich bemüht, ihre Bedeutung herunterzuspielen. Rákosi sprach von den Errungenschaften, auf die jeder stolz sein könne und erklärte dann, daß „die Erfahrung der letzten Tage uns überzeugt hat, daß es sinnvoller gewesen wäre, die bevorstehenden Aufgaben im Namen der Partei zu verkünden“.³⁹ Sein Publikum, die Aktivisten, aber auch wohl alle Anhänger des alten Systems, die die Radioubertragung verfolgen konnten, hörten wie der erste Sekretär erklärte, daß die alten Slogans und Ziele von der Industrialisierung bis zur Priorität des landwirtschaftlich-kooperativen Weges unverändert gültig blieben. Applaus brach aus, als Rákosi feststellte, daß „wir Agitation gegen die Kooperativen ebensowenig tolerieren werden wie Agitation gegen den Aufbau des Sozialismus“. Imre Nagys Ansprache nahm sich gegenüber der Rákosis als schwach aus, betonte lediglich die Einheit der Partei und die bereits initiierten Maßnahmen.⁴⁰

Trotz der offensichtlichen Spannungen zwischen Nagy und Rákosi wurden die ersten praktischen Maßnahmen relativ schnell angegangen. So wurde am 24. Juli eine beschränkte Amnestie gewährt, die alle Zuchthausstrafen unter zwei Jahren suspendierte und längere Zuchthausstrafen um ein Drittel verkürzte (mit Ausnahme politischer Häftlinge). Weitere Maßnahmen betrafen den zulässigen Umfang von privaten Parzellen in Kolchosen, Modifikationen im Investitionsplan für das Jahr 1953, Preisnachlässe für Lebensmittel (31. Juli), Veränderungen im Plan für Eisen- und Stahlproduktion und Wohnungsbau (7. August), Abschaffung der gerichtlichen Kompetenzen der Polizei (14. August) sowie Modifikationen in den Direktiven an die Haushaltsorgane (22. August). Die Kritik einiger Minister im Kabinett, daß das schnelle Tempo der Reformen „Unsicherheit“ schaffe, blieb erfolglos. Der Schwerpunkt der Opposition lag dagegen im Politbüro, wo unter Rákosis Leitung alles darangesetzt wurde, die Umsetzung des Reformprogrammes zu verlangsamen.

Wenige Tage nach Rákosis Ansprache vor der Aktivistentagung hielt Nagy Rücksprache mit Moskau. In einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Kiselev äußerte Nagy

37 Mátyás Rákosi, *Visszaemlékezések 1940–1956*, Vol. 2, Budapest 1997, S. 936–938. Die rumänischen und bulgarischen Parteiführer waren ebenso während der Besprechung anwesend.

38 MOL MDP-MSZMP, 276. f. 53/125. ö. e. MDP PB, 9.7.1953.

39 Mátyás Rákosi, *„A Magyar Dolgozók Pártja Központi Vezetősége 1953. Júniusi határozatának végrehajtásáért. Beszéd a budapesti pártaktíva értekezletén, 1953. júl. 11.“*, in: Mátyás Rákosi, *Válogatott beszédek és cikkek*,⁴Budapest 1955, S. 567.

40 Imre Nagy, *„A Központi Vezetőség határozata iránytű a kormány számára“*, in: Nagy, *Egy évtized*, S. 377–388.

seine Besorgnis darüber, daß „der gemeinsame Plan für die Umgestaltung der Wirtschaft und Politik nicht so vorangehe wie geplant“. Nagy gab an, daß sich seit der Rede Rákosi vor den Parteiaktivisten Widerstand gegen die neue Politik im Parteiapparat, ja selbst in der Führung zeige. Rákosi und Gerö sähen in allen Forderungen der Arbeiter das Machwerk des Feindes. Er könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß Rákosi die Beibehaltung und Umsetzung des Programmes seit der Verhaftung Berijas „fast als einen Versuch ansehe, den Kapitalismus wieder einzuführen“. Nagys Intervention zeigte den erwünschten Erfolg: Wenige Tage später verlangte die Sowjetführung einen Bericht über die Ergebnisse des „Neuen Kurses“. Dies, wie Nagy sich gegenüber Kiselev ausdrückte, „veranlaßte Rákosi, sorgfältig zu überdenken, was bis zu diesem Zeitpunkt erreicht worden war“. Sowjetischer Unterstützung gewiß, äußerte sich Nagy fast scherzend über das Verhalten Rákosis: Es sei schwer, „den Alten zu verändern. Er vergißt immer noch, daß er nicht mehr Premierminister ist“. Er gebe des öfteren politische und administrative Anweisungen an die Ministerien, und er habe dies erst aus dem Kopf bekommen, seit er, Nagy, ihn daran erinnert habe, daß er die Angelegenheit ruhig dem Ministerrat überlassen könne. Freilich zeigte dies, wie schwierig es war, Rákosis Versuche, seine Prärogative über die Beziehungen zu den Sowjets zu wahren. So habe er erst nach der zweiten Warnung Nagys die Politbüromitglieder über die erwähnte sowjetische Anfrage informiert. Nagy konnte wohl erst richtig aufatmen, als Premierminister Malenkow sein Programm dem Obersten Sowjet am 8. August vorstellte. Malenkows Ausführungen zur Innen- und Wirtschaftspolitik betonten, ohne von einem „Neuen Kurs“ zu sprechen, Lebensstandard, Konsumgüterindustrie und Landwirtschaft und zeigten, daß Berijas Sturz nicht eine Restauration des alten Kurses bedeutete. In Form und Inhalt bestärkte Malenkows Rede die Position Imre Nagys.⁴¹

Obwohl Nagys Reformpolitik⁴² der Malenkows zu gleichen schien, muß der „Neue Kurs“ in Ungarn im Zusammenhang seiner eigenen politischen Logik verstanden werden. Für Nagy hatte Ungarn in seiner Entwicklung in den vorhergehenden Jahren ein Entwicklungsstadium im Übergang zum Sozialismus ausgelassen. Genauer gesagt, in Nagys Sicht war die Periode des „volksdemokratischen Übergangs“ unhaltbar verkürzt worden im Verfolg einer Politik, die für das nächste Entwicklungsstadium charakteristisch war. Nagy dachte nicht an die Modifikationen des sozialistischen Entwicklungsmodells, sondern allein an die Abbremsung eines Prozesses, der zu weit gegangen und der auf ein früheres, langsames, aber sicheres Stadium zurückgeschraubt werden mußte. Die historisch gesehen kurze Phase eines halben Jahrzehnts seit der Verschärfung des „langsamen Übergangs“ (1947–1948) hatte eine tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Transformation Ungarns bewirkt. Anknüpfungspunkte zur volksdemokratischen Phase waren nach der stalinistischen Phase kaum vorhanden. Zudem existierte an der Stelle der zerstörten früheren Koalitionsstruktur nun die massive Struktur eines institutionellen Systems, dessen neue Klasse alles beherrschte. Ungarns klassisches stalinistisches System politischer und wirtschaftlicher Institutionen, entstanden mit Lichtgeschwindigkeit, hatte zudem eine ihm eigene politische Mentalität erzeugt. Ob er es mochte oder nicht, dies war die Struktur, die Imre Nagy zu verändern hatte, dies mußte sein Ausgangspunkt sein.

41 AVP RF, f. 077. op. 33. por. 9. pap. 161. II. 41–9, Kiselevs Bericht seines Gesprächs mit Imre Nagy, 16.7.1953, in: Pravda, 9.8.1953. Vgl. Károly Urbán, Nagy Imre és G.M. Malenkov. Két miniszterelnök Sztálin után, in: Múltunk, No. 1, 1996.

42 Detailliert in: Iván Pető/Sándor Szakács, A hazai gazdaság négy évtizedének története 1945–1985. 1. köt. Az újjáépítés és a tervutasításos irányítás időszaka 1945–1968, Budapest 1985, S. 246–261.

Die Umsetzung der von Moskau instruierten „Berichtigung“ verminderte die akutesten Spannungen. Nagy hätte an diesem Punkt haltmachen und die unveränderten stalinistischen Strukturen weiterlaufen lassen können, sozusagen unter verbesserter Anleitung. Aber dies geschah nicht. Spannungen innerhalb der Wirtschaft zeigten sich Mitte 1954, was erneut eine Diskussion über die Wirtschaftspolitik auslöste. Zum Jahresende zeigten sich in politischen Auseinandersetzungen Spannungen anderer Art, die verschiedenste gesellschaftliche Gruppen betrafen. Ihr Ursprung kann letztlich auf das System selbst zurückgeführt werden: Die Stärke des klassischen Systems liege in seiner Kohärenz, aber dies ist zugleich seine Schwäche. Es sei kaum übertrieben zu behaupten, daß es eine so enggeknüpfte Struktur entwickle, daß die Gefahr bestehe, daß das Ganze früher oder später auseinanderfalle, wenn ein Strang reißt.⁴³ Das System offenbarte eine fatale Inflexibilität: Es konnte nicht korrigiert werden oder sich selbst korrigieren, da seine Geschlossenheit es unfähig machte, jegliche Abweichung von den teleologischen Zielen zu institutionalisieren. Die einzigen Alternativen waren völlige Rigidität oder eine Mixtur aus konstanter Korrektur und Aufschiebung. Nagy und seine Anhänger lagen 1954 im Kampf mit denen, die selbst gegen eine Korrektur waren. Er versuchte den Korrektivprozeß weiterzuentwickeln, hin zu einer wirklichen Reform. Dies scheiterte, er erlitt eine politische Niederlage, im Ergebnis derer er im Frühjahr 1955 all seine Positionen verlor. Dies allerdings kann hier nicht mehr näher behandelt werden.

5. Ergebnisse

Das wichtigste Ergebnis der Periode 1953–1955 liegt darin, daß das Selbstvertrauen der stalinistischen Führung Ungarns ein für allemal gebrochen war. Die halbherzige Selbstkritik, die Kurskorrektur und die aufgezeigten Alternativen erzeugten Unsicherheit, Reflexion und eine Neigung zur Reform in bestimmten Führungspersonlichkeiten, später dann auch im Apparat, unter den Funktionären und vor allem in der Parteintelligenz. Obwohl diese Führungsschicht nach Nagys Sturz den Eindruck vermittelte, von den vorhergehenden Ereignissen kaum berührt worden zu sein, so reagierte sie doch empfindlich auf das kleinste Anzeichen einer Krise. Die andere Seite dieses sozialpsychologischen Phänomens zeigte sich im Herbst 1956, als die ungarische Gesellschaft in Bewegung geriet, die eine Massenbewegung hervorbrachte, die in der Revolution gipfelte. Imre Nagy, ein Führer neuer Art an der Spitze unveränderter Strukturen, und die neuen Funktionsmechanismen, erzeugten anfangs nur einen Seufzer der Erleichterung. Später wurden sie ein Bezugspunkt, und Nagys politisch bewußte Anhänger – die Anhänger des „Neuen Kurses“, die innerhalb des Systems existierten und nach 1955 als die Parteiopposition bekannt wurden – konnten nicht beiseite geschoben werden, eben weil ihre Alternative die Grenzen des Systems nicht überschritt. Nagys Experiment wurde auch zu einem Bezugspunkt für diejenigen, die als das letzte Ziel nichts anderes anstrebten, als die Veränderung des Systems. Für sie waren Imre Nagy und „Kommunismus mit einem menschlichen Antlitz“ ein erster Schritt in Richtung auf das Endziel. Das wichtigste und langfristige Ergebnis der Korrektur Nagys und des kurzlebigen Reformexperiments war der Ausgangs- und Bezugspunkt, den es für spätere, weitaus radikalere Reformen bildete.

43 Kornai, *The Socialist System*, S. 383.